

erlanger linke

Erlanger Linke Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 08.01.2014
Antragsnr.: 004/2014
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: II
mit Referat: V, I/52

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 127

Büro: Montags 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Di-Do 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr
Freitag 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr

tel 09131/86-1789

fax 09131/86-1791

e-mail:erlanger-linke@stadt.erlangen.de

<http://www.erlanger-linke-stadtrat.de>

Erlangen, den 07.Januar 2014

Antrag zur Stadtratssitzung am 09.01.2014 / Haushalt 2014

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

zur Haushalts-Stadtratssitzung am 09.01.2014 stellen wir erneut folgende Anträge:

1.Antrag auf Schaffung der Stelle eines ehrenamtlichen Ombudsmannes / einer ehrenamtlichen Ombudsfrau für sozialamts- u. (GGfA-) abhängige Erlanger Bürger u. Bürgerinnen.

die Stadtratsgruppe der Erlanger Linke beantragt die Neuschaffung der Stelle einer/eines ehrenamtlichen Ombudsfrau /-mannes für die Vermittlung zwischen sozialleistungsabhängigen Erlanger Bürgern und den jeweils zuständigen Sachbearbeitern beim Sozialamt / der GGfA.

Hierfür sollen in den Haushalt 5000.- Euro eingestellt werden.

Begründung:

Die Notwendigkeit eines solchen Amtes ergibt sich unseres Erachtens aufgrund der zum Teil drastischen Mittelkürzungen seitens des Bundes im Sozialbereich, durch die in letzter Zeit des öfteren Situationen entstehen, in denen Mitarbeiter der o.a. Institutionen Entscheidungen treffen müssen, die vor allem auf dem Sektor Wohnen bzw. Wohnraumbeanspruchung schwer hinnehmbare Folgen für die Anspruchsberechtigten haben können. So z. B. das Herausgerissenwerden aus der langjährigen Wohnumgebung, nur weil die beanspruchte Wohnung einige Quadratmeter größer ist als seitens des Gesetzgebers zugestanden. - Aber auch manche zum wiederholten Mal erfolgte Zuweisungen in Kurse, die seitens der Sozialleistungsempfänger als unwirksam und daher gelegentlich auch als schikanös empfunden werden, überfordern wohl gelegentlich Vermittler wie Vermittlungswillige in gleicher Weise. Eine unparteiische Person, die sich dazu bereit fände, ehrenamtlich als Mediatorin / Mediator zu fungieren - zu denken wäre hier etwa an eine praxiserfahrene Person aus dem Wohlfahrtsbereich – wäre unserer Meinung nach für die Probleme des

genannten Personenkreises sicher die richtige Lösung.

2. Antrag auf Einführung eines Semestertickets für Erlanger Studenten

Die Stadtratsgruppe der Erlanger Linke beantragt die Einführung eines Semestertickets für Erlanger Studenten. Zur Ermittlung der Kosten sollen die in anderen Universitätsstädten geltenden Tarife zum Vergleich herangezogen werden. Die Stadt wird gebeten, zum Zweck der Realisierung Verhandlungen mit Universität und VGN aufzunehmen.

Begründung:

Erlanger Studenten bezahlen offenbar weit höhere Preise für ihre Busfahrkarten als Studenten in anderen Universitätsstädten - etwa verglichen mit dem Beispiel München :

In den Erlanger Nachrichten vom 01/02.November 2013) findet sich hierzu folgender Kommentar : " Noch einmal zum Thema Universität. In München gibt es seit diesem Studienjahr ein Semesterticket, das mit einem Kostenbeitrag von 59 Euro pro studi diesen Namen auch verdient und die Studierenden in der Landeshauptstadt beweglich macht. Bei uns gibt es ein solches Ticket immer noch nicht - und es ist schon ärgerlich, dass sich hier Verkehrsunternehmen und die Kommunalpolitik hinter Finanzierungsproblemen verschanzen oder gar rechtliche Gründe geltend machen, eine spezielle fränkische Rechtsklausel, die das verbietet, ist jedenfalls nicht bekannt".

Im hessischen Darmstadt etwa gilt der Studenausweis gleichzeitig als Semesterticket. Mit ihm können Studenten alle Regionalzüge, U- und S-Bahnen, Straßenbahnen und Busse im gesamten Gebiet des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV) benutzen. Allerdings ist das Semesterticket als solches nicht kostenlos, sondern es muß nur nicht extra gekauft werden, da die Kosten dafür im Semesterbeitrag enthalten sind, der beim Einschreiben bzw. beim Rückmelden jedes Semester an die dortige TU zu überweisen ist. Ab Sommersemester 2013 beläuft sich der Preis auf 110 Euro. (<http://www.asta.tu-darmstadt.de/asta/de/angebote/semesterticket>)

Anzustreben wäre in diesem Zusammenhang eine gemeinsame Lösung, die für Erlangen wohl nur im Zusammenspiel von Stadt, Universität und VGN möglich ist.

3. Antrag auf Ausstellung von sog. „Kinderpässen“ für bedürftige Kinder

Hiermit stellen wir zum wiederholten Mal den Antrag auf Ausstellung von sog. „Kinderpässen“ für bedürftige Kinder.

Unter „bedürftigen Kindern“ verstehen wir Kinder aus sozialleistungsabhängigen Familien, aus ALG-abhängigen Bedarfsgemeinschaften, von Wohngeldempfängern und aus Flüchtlingsfamilien, die in Erlangen Aufnahme gefunden haben .

Der Kinderpass für bedürftige Kinder soll beinhalten:

1. Kostenlose Nutzung aller städtischen Einrichtungen (Bäder, Musikschule, Theater, Museum, Bibliothek usw.
2. Kostenlose Nutzung von öffentlichen Nahverkehrsmitteln zur Wahrnehmung o.a. Angebote.
3. Erhöhung der Schulbeihilfe: für jedes schulpflichtige Kind pro Schuljahr auf 50 € zum Erwerb nötiger Lernmittel .

Die Organisation der kostenlose Teilnahme an städtischen Ferien- und Freizeitangeboten und Organisation der Übernahme der Mitgliedsbeiträge in Sport- und anderen Vereinen übernimmt die Stadtverwaltung

Begründung:

Vereinfachung der Wahrnehmung von Teilhabe am öffentlichen Leben

4. Antrag auf Fortbetrieb des Hallenbads Frankenhof bis zur Fertigstellung des neuen Hallenbads auf dem Gelände des Freibads West.

Die Stadtratsgruppe der Erlanger Linke beantragt den Fortbetrieb des Hallenbads Frankenhof bis zur Fertigstellung des neuen Hallenbads auf dem Gelände des Freibads West.

Zum Unterhalt des Hallenbads bzw. zur Beseitigung ggf. neu zutage tretender Bauschäden sollen 200.000.- € eingestellt werden.

Die finanziellen Mittel hierfür sollen aus den Einsparungen aufgebracht werden, die sich aus der von uns beantragten Streichung der Mittel für die geplante "Vierfach-Sporthalle" an der Hartmannstraße ergeben (vgl. hierzu unseren entsprechenden HH-Antrag) .

Begründung:

Der Breitensport Schwimmen - auch während der kalten Jahreszeit – hat für uns grundsätzlich höhere Priorität als der doch eher elitäre Leistungssport Handball, dem wir zwar durchaus auch einen prestigeträchtigen Hallenneubau gönnen würden, allerdings nur unter der (vorerst leider nicht gegebenen) Voraussetzung eines entsprechend gefüllten Stadtsäckels

Entsprechend dem Bürgerbegehren für den vorläufigen Erhalt des Hallenbads im Frankenhof treten wir deshalb dafür ein, die endgültige Schließung des Hallenbads im April/Mai 2014 durch entschiedenes Auftreten gegenüber den ESTW zu verhindern und sich dafür einzusetzen, daß der Badebetrieb bis zur Fertigstellung und Inbetriebnahme des geplanten neuem Hallenbads auf dem Westbadgelände provisorisch aufrecht erhalten bleibt.

Eine umfangreiche Kernsanierung, die wohl erforderlich wäre, wollte man den Betrieb des Hallenbads auf weitere Jahrzehnte sichern, schließen wir dabei wegen der hohen Kosten ebenso aus wie der Aufsichtsrat der ESTW: Ggf. existierende oder während des Fortbetriebs auftretende Mängel an Dachhaut und Schwimmbecken

dürften sich dagegen mit den für Reparaturen bereitzustellenden Mitteln (s.o.) beheben lassen.

Nach unserem Dafürhalten kann der Hinweis auf die inzwischen verbrauchte Technik des Frankenhofbads nicht darüber hinwegtäuschen, daß die veraltete Technik bis dato ihren Zweck noch erfüllt und die für den Westbadhallenbau benötigten 3 Jahre sicher noch durchhalten wird. Eine unmittelbare Sicherheitsgefährdung – etwa durch statische Mängel des Gebäudes- besteht offensichtlich auch noch nicht, ansonsten würden die Stadtwerke ein entsprechendes Gutachten sicherlich längst vorgelegt haben.

5. Antrag auf Streichung sämtlicher Mittel für die geplante Sporthalle an der Hartmannstraße.

Die Stadtratsgruppe der Erlanger Linke beantragt die Einziehung der Restmittel auf der Haushaltsstelle IP 424F.400 (Planungsmittel Sporthalle Hartmannstrasse). Auf dieser Haushaltsstelle sollen keine Mittel oder Verpflichtungsermächtigungen mehr eingestellt werden.

Begründung:

Die für die Bedürfnisse des Handballeistungssportes geplante Halle soll nun unter dem Deckmantel des Schulsportes finanziert werden. Die Erlanger Linke lehnt diese rechtlich fragwürdige Umwidmung von Schulsportmitteln ab. Insbesondere solange die kaputtgesparte Bausubstanz der Schulen samt Turnhallen mit vielen Millionen dringend saniert werden muss.

Wir wollen darüber hinaus Schülern und Lehrkräften keine langen und zeitaufwendigen Anfahrtswege zu zentralen Sportstätten zumuten, der Bedarf der Schulen soll stattdessen dezentral an den jeweiligen Schulen selbst gedeckt werden.

Die Erlanger Linke lehnt jede weitere Bebauung auf dem ehemaligen Exerzierplatz ab, zumal schon das Max-Planck-Institut in dem dort entstandenen ökologisch wertvollen Naherholungs- und Naturgebiet gebaut wird. Das Beispiel Helmholtz-Institut zeigt, dass sich mit gutem Willen auch alternative Standorte finden lassen – z.B. auf dem Gelände der Technischen Fakultät.

Mit dem Bau einer Halle für ca. 2000 Zuschauer würde zudem die schon jetzt von den Anwohnern der umliegenden Wohngebiete als unzumutbar empfundene Verkehrsbelastung samt Parkdruck noch weiter zunehmen.

Angesichts dringender erforderlicher Sanierung von maroden Erlanger Schulen, Bädern, Straßen und Brücken erscheint uns der geplante Neubau der "Vierfachhalle" an der Hartmannstraße auch deshalb als absolut überflüssig, weil die für dieses Projekt zu veranschlagenden Baukosten vermutlich noch weit über den bis dato geschätzten Baukosten (in Höhe von acht Millionen Euro) lägen. In diesem Zusammenhang erinnern wir an die wiederholten Sparappelle, die unser besorgter Stadtkämmerer erst kürzlich - in Erwartung der Haushaltsanträge 2014 - an den Stadtrat richtete .

Der oben erwähnte dringende Renovierungsbedarf an städtischen Bauwerken ist derart evident, daß derzeit nahezu in jedem Einzelfall – und ganz besonders

natürlich im Hinblick auf Renommierbauwerke wie die geplante "HC-Mehrzweckhalle"
- zu prüfen ist, welche Rangordnung dem jeweiligen Projekt zukommt, vor allem
dann, wenn die zu erwartenden Ausgaben immense Höhen erreichen.

Zur Deckung unserer Anträge schlagen wir vor, die Einsparung der Kosten für die
Sporthalle heranzuziehen und/oder erforderlichenfalls kurzfristig einen
entsprechenden Kredit aufzunehmen. Zu denken wäre auch an eine Erhöhung der
Gewerbsteuer auf Nürnberger Niveau.

Mit freundlichen Grüßen

Eckart Wangerin
Stadtrat

Claudia Bittner
Stadträtin